



N i e d e r s c h r i f t

8. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin: Montag, 15.02.2010
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Jahn, Rosemarie

Herr Dr. Schuckart, Manfred

Herr Bülow, René

Herr Gloger, Peter

Frau Hahn-Fricke, Angelika

Herr Scheiwe, Hans-Jürgen

Vertretung für: Herrn Voss, Uwe

Herr Schulz, Dietmar

Herr Bruß, Volker

Herr Günther, Gerd

Herr Nawratil, Reinhold

Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen

Herr Blechschmidt, Danny

Vertretung für: Herrn Kittler, Heinz-Michael

Herr Schrader, Thomas

Herr Thun, Heinrich, Kreissenorenbeirat

Herr Berner, Kreiswehrführer

Herr Seyferth, Rettungsleitstelle Norderstedt

Herr Schröder, FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr

Herr Dr. Warlies, FBL Gesundheit für Mensch und Tier

Frau Rix, FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst

Frau Schröder, FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Schulz, Raimund

entschuldigt

Herr Voss, Uwe

entschuldigt

Herr Kittler, Heinz-Michael

entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.11.2009
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)
Vorlage: DrS/2009/152
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Bericht der Rettungsleitstelle
 - 4.2 Bericht der Heimaufsicht über erste Erfahrungen mit dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt die anwesenden Gäste.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgebracht. Damit ist diese genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.11.2009

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)

Vorlage: DrS/2009/152

Der Ausschuss diskutiert zunächst die Frage, wie der OVG Ausschuss mit dem Leitfaden umgehen wolle. Die Vorsitzende weist daraufhin, dass der Leitfaden eine Arbeitsgrundlage sein solle und im Sommer beim Strategischen Management weiterbehandelt werden solle. Herr Gloger spricht sich dafür aus, dieses Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten. Herr Sass-Olker erklärt, dass er sich von der Verwaltung einige Erläuterungen zu dem Leitfaden wünsche. Der Ausschuss verständigt sich abschließend darauf, diese Thematik in den Fraktionen weiter zu beraten und sie bei Bedarf erneut im Ausschuss zu beraten. Zusätzlich regt die Vorsitzende an, sofern der Bedarf dafür bestehe die Beratungsstelle für ältere Bürger einzuladen.

zu 4 Berichte der Verwaltung

Herr Schröder berichtet zum Thema ‚Bekämpfung von Schwarzarbeit‘. Nach dem Scheitern der Kooperationsbemühungen und dem Beschluss aus der Budgetberatung im November 2009 seien die Mittel in Höhe von 30.000 Euro für eine mögliche Beteiligung an der bestehenden Kooperation aus dem Haushaltsentwurf gestrichen worden. Aktuell fordere die Kreishandwerkerschaft den Kreis auf die Bemühungen in diesem Bereich zu intensivieren und andere Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen. Er betont dabei, dass wenn sich der Kreis in diesem Bereich verstärkt engagieren wolle, dafür zusätzliche finanzielle Mittel nötig seien, da dieser Bereich nicht auskömmlich sei. Er bittet darum, diese Thematik in den Fraktionen zu beraten.

Herr Dr. Warlies berichtet über ein Landkreis-Info zum Themenbereich „Gebühren im Bereich des Veterinärwesens und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Bisher seien die Gebührentatbestände in einer Landesverordnung über Verwaltungsgebühren in Angelegenheiten der Veterinärverwaltung und in der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren geregelt gewesen. Dieses solle nun für den Bereich des Veterinärwesens und gesundheitlichen Verbraucherschutzes mit Ausnahme des Tierschutzbereiches in eine Verordnung zusammengeführt werden. Diesem habe der Kreis zugestimmt.

Weiterhin berichtet er, dass im Rahmen des Kinderschutzgesetzes 2008 das Gesundheitsdienstgesetz geändert worden sei. Ein zusätzlicher § 7 a wurde eingeführt. Hiernach muss das Gesundheitsamt eine Beratung für Erziehungsberechtigte anbieten, deren Kinder auch nach zweimaliger Erinnerung durch das Landesamt für soziale Dienste nicht an den Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder teilgenommen haben. Im Jahr 2009 habe es 1.533 Meldungen des Landesamtes gegeben. Die Abarbeitung dieser Meldungen stelle einen erheblichen Mehraufwand dar. Daher gebe es eine Organisationsuntersuchung in diesem Bereich. 443 Fälle seien vom Gesundheitsamt an das Jugendamt weitergemeldet worden, nachdem es keine Reaktion seitens der Erziehungsberechtigten gegeben habe.

Abschließend berichtet er über die Fallzahlen der ‚Neuen Grippe‘. 2009 habe es 464 Meldungen im Kreis Segeberg gegeben. Im Jahr 2010 seien es bisher drei Fälle. Das Sozialministerium habe die Information an die Impfärzte gegeben, dass diese die sog. Zehnerimpfdosen auch anbrechen sollen, wenn nur 5 Patienten geimpft werden wollen.

zu 4.1 Bericht der Rettungsleitstelle

Die Vorsitzende erläutert einleitend, dass sie von Herrn R. Schulz die Anregung erhalten habe, dieses Thema in die Tagesordnung aufzunehmen, da in einem Artikel der Lübecker Nachrichten über Probleme der Rettungsleitstelle berichtet worden sei. Anschließend übergibt sie das Wort an Herrn Seyferth von der Rettungsleitstelle. Er führt aus, dass der Artikel in der Presse grundsätzlich richtig gewesen sei. Es habe Probleme bei der Alarmierung einer Wehr gegeben.

Dabei handle es sich um die Ortswehr von Westerrade. Grund dafür sei ein Fehler in der EDV gewesen. Bei dem betreffenden Datensatz sei eine Einstellung falsch gewesen. Nach diesem Vorfall habe man sich im Dezember mit dem Wehrführer zusammengesetzt und alle Szenarien durchgespielt, um weitere Fehler ausschließen zu können. Heute könne er sagen, dass die Mängel im vierten Bereich behoben seien. Gleichzeitig betont er aber auch, dass es bei der Vielzahl von Datensätzen immer zu kleineren Fehlern kommen könne, welche erst im laufenden Betrieb auffallen würden. Es bestehe nicht die Möglichkeit alle Eventualitäten im Vorwege durchzuspielen. Der Kreiswehrführer, Herr Berner, ergänzt, dass es schlimmer gewesen wäre, wenn niemand alarmiert worden wäre. Auch er betont, dass Probleme nur ausgemerzt werden könnten, wenn diese auffällig werden würden und dass die aufgetretenen Probleme abgestellt seien. Auf Nachfrage von Herrn Gloger erläutert Herr Seyferth, dass es durch die aktuelle Wetterlage eine erhöhte Auslastung gebe, jedoch komme es zu keinen Engpässen. Abschließend dankt die Vorsitzende im Namen des Ausschusses für die gegebenen Informationen.

zu 4.2 Bericht der Heimaufsicht über erste Erfahrungen mit dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz

Frau Schröder berichtet dem Ausschuss über die ersten Erfahrungen der Heimaufsicht mit dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz. Das Gesetz selbst sei in Teilbereichen unübersichtlich gestaltet und arbeite mit zahlreichen Querverweisen. Daneben ergebe sich aus einigen Formulierungen neuer Diskussionsbedarf mit einigen Einrichtungen wie bestimmte Regelungen zu interpretieren seien. Grundsätzlich würden für stationäre Einrichtungen die bisherigen Kontroll- und Prüfaufträge für die Heimaufsicht weiterhin gelten. Art und Umfang der Prüfungen seien evtl. in einigen Bereichen noch anzupassen. In besonderen Wohn- und Betreuungsformen würden zukünftig nur noch anlassbezogene Prüfungen erfolgen. Dies sei vom Gesetzgeber so gewollt. Daneben müsse man auch die bisherigen Prüflisten anpassen, da sie nicht mehr vollständig dem neuen Recht entsprechen würden. Außerdem sehe das neue Gesetz vor, dass die Prüfberichte der Heimaufsicht veröffentlicht werden. Dies greife bisher jedoch noch nicht, da die entsprechenden Regelungen zur Umsetzung vom Ministerium bisher nicht erlassen worden seien. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die Veröffentlichung der MDK Prüfberichte. Dagegen habe es bereits Klagen gegeben, wovon einige im Eilverfahren erfolgreich gewesen seien. Bereits veröffentlichte MDK Berichte seien auf der Seite www.pflegelotse.de einsehbar. Zum Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz führt sie aus, dass dieses ab 01.05.10 für alle Bewohner in Einrichtungen gelten werde. Die Vertragsmuster seien der jeweiligen Heimaufsicht vorzulegen und dort zu prüfen. Zivilrechtliche Klauseln werden dabei nicht von der Heimaufsicht geprüft. Alle bisher geltenden Verordnungen sollen zukünftig in einer Durchführungsverordnung zusammengeführt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Gloger führt Frau Schröder aus, dass das Heimgesetz in Schleswig-Holstein nicht mehr gelten, sondern das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz für die ordnungsrechtlichen Bereiche und für das Vertragsrecht das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz. Zur Zusammenarbeit mit dem MDK führt sie aus, dass diese vor Ort gut sei, die doppelte Prüfung lediglich zu einem großen Aufwand in den Einrichtungen führe.

Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis und dankt für den Bericht.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Gloger berichtet, dass es im Raum Leipzig verstärkt Fälle des Fuchsbandwurmes gegeben habe und bittet um Stellungnahme, ob es diesen im Kreis Segeberg ebenfalls gebe. Dazu führt Herr Dr. Warlies aus, dass ihm dazu keine Fälle aus dem Humanbereich im Kreis bewusst seien.

Herr Bruß stellt die Frage an die Verwaltung, ob es durch die Änderungen im Bereich der Kfz-Zulassung zu personellen Auswirkungen im Bereich der Zulassungsstelle komme. Herr Schröder erklärt, dass es wegen der aktuellen Änderung keine personellen Auswirkungen gebe. Es

müsse jedoch die zukünftige Entwicklung abgewartet werden, wie beispielsweise die Zulassung über das Internet.

Frau Hahn-Fricke berichtet, dass in der Gemeinde Wiemersdorf bereits zweimal eine Ampel an der B4 beantragt worden sei. Es handle sich dabei um eine Straße zwischen einer Schule und einem Wohngebiet. Jedoch habe die Zählung der Fußgänger, die die Straße überqueren wollten, immer zu einem Zeitpunkt stattgefunden, zu dem keine Schüler die Straße überqueren mussten. Sie bittet um Stellungnahme, warum die Zählung immer zu diesen Zeiten stattgefunden habe. Herr Schröder sagt zu, dass er dieses prüfen werde. Darüber hinaus regt er an, Herrn Krüger zur nächsten Sitzung einzuladen, damit dieser das Verfahren generell erläutern könne.

Abschließend bittet Frau Hahn-Fricke um einen aktuellen Sachstand zum Pflegeheim Donatus. Herr Schröder berichtet dazu von der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Bad Bramstedt, welcher in dem Pflegeheim stattgefunden habe. Dort sei auch die Heimaufsicht des Kreises vertreten gewesen. Es seien in der Sitzung die verschiedenen Sichtweisen dargestellt worden. Das Thema werde die Heimaufsicht weiter beschäftigen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die nächste Sitzung finde im Forschungszentrum Borstel statt und werde um 15:00 Uhr beginnen. Daneben solle, wie von Herrn Schröder angeregt, Herr Krüger eingeladen werden.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)